Deutscher Bundestag **Drucksache 16/890**
16. Wahlperiode 10. 03. 2006

Fragen

für die Fragestunde der 24. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 15. März 2006

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24
Bluhm, Heidrun (DIE LINKE.)	43, 44
Gehring, Kai Boris (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27
Dr. Geisen, Edmund Peter (FDP)	32, 33
Goldmann, Hans-Michael (FDP)	14, 15
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28
Hill, Hans-Kurt (DIE LINKE.)	20, 34
Hinz, Priska (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	40, 41
Höfken, Ulrike (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	21, 22
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31
Köhler, Kristina (Wiesbaden) (CDU/CSU)	45, 46
Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP)	47, 48
Korte, Jan (DIE LINKE.)	10, 11
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36
Dr. Küster, Uwe (SPD)	12
Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1
Dr. Lötzsch, Gesine (DIE LINKE.)	2, 3
Montag, Jerzy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9
Pieper, Cornelia (FDP)	4, 5
Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42
Sager, Krista (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39
Schäfer, Paul (Köln) (DIE LINKE.)	6, 7
Scharfenberg, Elisabeth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17
Wieland, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13
Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	18, 19

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung 3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit 3
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes 3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts 4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern 5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen 6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie 7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung 11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales . . 12

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordnete **Monika Lazar** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Aussagen über geplante Transporte militärischen Großgerätes in russischen Antonov-Transportflugzeugen enthält der Vertrag, auf den ein Sprecher des Bundesministeriums der Verteidigung laut „Leipziger Volkszeitung“ vom 1. Februar 2006 („Nato-Flieger ab März in Leipzig“) hingewiesen hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

2. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Wie viele Vorstände von Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen und Bundesvereinigungen sind der gesetzlichen Regelung nach dem GKV-Modernisierungsgesetz nicht gefolgt und haben die Höhe ihrer jährlichen Vergütungen zum 1. März 2006 noch nicht offen gelegt, und was haben die Aufsichtsbehörden in den Fällen unternommen, in denen dieser gesetzlichen Pflicht erneut nicht gefolgt wurde?

3. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Wie viele Gehälter von Vorständen und Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen und Bundesvereinigungen wurden durch die zuständigen Aufsichtsbehörden in den Jahren 2005 und 2006 beanstandet, weil sie nicht den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit folgten?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

4. Abgeordnete **Cornelia Pieper** (FDP)

Wie weit sind vor dem Hintergrund, dass der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, in seiner Antrittsrede vor dem Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am 14. Dezember 2005 erklärt hat, die Bundesregierung habe das Ziel der Fusion der Kulturstiftung des Bundes mit der Kulturstiftung der Länder in ihr 100-Tage-Programm auf-

genommen, die Fusionsverhandlungen bisher fortgeschritten, und wann ist mit dem Vollzug der Fusion zu rechnen?

5. Abgeordnete **Cornelia Pieper** (FDP)

Inwiefern ist es zutreffend, dass die Bundesregierung in Absprache mit den Ländern plant, den Sitz der Kulturstiftung des Bundes in Halle (Saale) aufzugeben und die fusionierte Stiftung an einem anderen Ort anzusiedeln und wenn dies zutrifft, an welchem?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

6. Abgeordneter **Paul Schäfer (Köln)** (DIE LINKE.)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Vorschlag des südafrikanischen Verteidigungsministers, Mosiuoa Lakota, gegebenenfalls Soldaten aus den Staaten der South African Development Community (SADC) zur Absicherung der Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo einzusetzen?

7. Abgeordneter **Paul Schäfer (Köln)** (DIE LINKE.)

Könnte eine solche Unterstützungsaktion nach Auffassung der Bundesregierung die geplante Militärmission der EU in der Demokratischen Republik Kongo ersetzen?

8. Abgeordneter **Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft letzte Woche in der Strafsache Moussaoui die Todesstrafe beantragt hat, und was gedenkt die Bundesregierung in dieser Sache zu unternehmen, damit der Antrag auf Verhängung der Todesstrafe zurückgenommen bzw. die Todesstrafe weder verhängt noch vollstreckt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

9. Abgeordneter **Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Hat die Bundesregierung Beweismittel in der Strafsache Moussaoui an die USA weitergegeben, und wenn ja, an welche Bedingungen bzw. Zusicherung bezüglich der Beantragung, Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe wurde diese Weitergabe geknüpft?
10. Abgeordneter **Jan Korte** (DIE LINKE.)	Wann wird die Bundesregierung der Öffentlichkeit eine Stellungnahme und politische Bewertung zum 20. Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für den Datenschutz vom 19. April 2005 vorlegen?
11. Abgeordneter **Jan Korte** (DIE LINKE.)	Was sind die Gründe dafür, dass keine zeitnahe Behandlung der Tätigkeitsberichte des Bundesbeauftragten für den Datenschutz erfolgt, sondern im Falle des 20. Berichtes bislang fast ein Jahr und im Falle des 19. Tätigkeitsberichtes 16 Monate verstrichen?
12. Abgeordneter **Dr. Uwe Küster** (SPD)	Wie bewertet die Bundesregierung den schriftlichen Aufruf des Geschäftsführers des zu 80 Prozent aus Bundesmitteln und zu 20 Prozent aus Landesmitteln finanzierten Olympiastützpunktes Magdeburg, Bernd-Uwe Hildebrandt, Spenden für die Wiederwahl von Ministerpräsident Wolfgang Böhmer zu sammeln, in dem es u. a. heißt: „Wir beabsichtigen, Anzeigen in allen Tages- und Wochenzeitungen mit jeweils wechselndem Text bei gleichem Erscheinungsbild aufzugeben. Der Kostenaufwand dürfte bei ca. 100 000 Euro liegen.“?
13. Abgeordneter **Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Wie beurteilt die Bundesregierung die von Kardinal Karl Lehmann auf einem Pressegespräch am 7. März 2006 vorgebrachte Kritik der Deutschen Bischofskonferenz an der von der Bundesregierung geplanten Verschärfung des Zuwanderungsgesetzes, insbesondere die Feststellung Kardinal Karl Lehmanns zur beabsichtigten Neuregelung des Nachzuges von ausländischen Ehegatten nach Deutschland, „die geplante Heraufsetzung des Nachzugsalters auf 21 Jahre und die Verpflichtung des Nachziehenden, bereits vor der Einreise deutsche Sprachkenntnisse nachzuweisen, sind unseres Erachtens mit dem Schutz von Ehe und Familie kaum in Einklang zu bringen.“, und wie rea-

giert die Bundesregierung auf die von Kardinal Karl Lehmann im gleichen Zusammenhang vorgebrachte dringliche Forderung der Deutschen Bischofskonferenz, nach einer „Bleiberechtsregelung für Menschen, die bereits seit Jahr und Tag mit immer wieder nur kurzfristig verlängerter Duldung in Deutschland leben“?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

14. Abgeordneter **Hans-Michael Goldmann** (FDP)

Weshalb hat die Bundesregierung nicht im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes eine Anpassung der Vorsteuerpauschale in der Landwirtschaft als Ausgleich für die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent vorgesehen?

15. Abgeordneter **Hans-Michael Goldmann** (FDP)

Sieht die Bundesregierung in der von rund 90 Prozent der Landwirte angewendeten Vorsteuerpauschalierung ein System der Subventionierung, das durch eine höhere Pauschale verfestigt würde (vgl. Handelsblatt vom 8. März 2006)?

16. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass die Länder – wie im Begleitgesetz zur Föderalismusreform festgeschrieben – die technischen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen, die für eine effiziente Steuererhebung nötig sind, und wie viele zusätzliche Stellen sind im Bundeszentralamt für Steuern zur Umsetzung dieser und anderer in der Föderalismusreform festgelegten Veränderungen erforderlich?

17. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wird die im Koalitionsvertrag vorgesehene und von der EU-Kommission im Rahmen der Lissabon-Agenda geforderte einzige Anlaufstelle für ausländische Unternehmen in Steuerfragen verwirklicht?

18. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die steuerliche Förderung von Arbeitsplatzverlagerung durch die ungleiche Behandlung von Fremd- und Eigenkapital zu vermeiden, und inwiefern hat

sie den Vorschlag einer Verlagerungsabgabe geprüft, d. h. Verlagerungen von Unternehmen von der Politik wie Veräußerungsgewinne zu besteuern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

19. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Was hat die Bundesregierung hinsichtlich der Ankündigung des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, vom 31. Januar 2005 unternommen, die Förderung von Betriebsverlagerungen innerhalb der EU mit Strukturfondsmitteln auszuschließen, und inwiefern hat sich dies bereits in den laufenden Verhandlungen der Strukturfondsverordnungen niedergeschlagen?

20. Abgeordneter **Hans-Kurt Hill** (DIE LINKE.)

In welcher Form beabsichtigt die Bundesregierung Städte und Gemeinden an der Ausarbeitung des energiepolitischen Gesamtkonzeptes zu beteiligen?*)

21. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Wenn, wie in der Sitzung des Finanzausschusses vom 8. März 2006 von der Parlamentarischen Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks geäußert, verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber der Sitzlandbesteuerung angebracht sind, sind diese dann nicht auch im Zusammenhang mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie angebracht, die auch in der jetzigen Form – in der das Herkunftslandsprinzip zwar nicht mehr so heißt, sich aber vom Grundsatz her nicht grundlegend verändert hat –, dazu führt, dass die Zugrundelegung ausländischen Rechts und ausländischer Standards auf Tätigkeiten auf deutschem Hoheitsgebiet angewendet werden?

22. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Sieht die Bundesregierung, wenn man davon ausgeht, dass deutsche Rechtsnormen und Standards für einheimische Dienstleistungsanbieter gelten und von ausländischen Anbietern aufgrund des in der

*) Siehe hierzu auch Frage 34.

EU-Dienstleistungsrichtlinie verankerten Prinzips des freien Dienstleistungsverkehrs unterlaufen werden können, nicht auch hier verfassungsrechtliche Probleme im Hinblick auf den Gleichbehandlungsgrundsatz?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

23. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welchen Kürzungen bei den Mitteln für den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gegenüber den Vorläuferprogrammen ist für Deutschland auf der Basis der vom Europäischen Rat im Dezember 2005 beschlossenen Finanziellen Vorausschau jährlich und bezogen auf die gesamte Förderperiode von 2007 bis 2013 konkret zu rechnen?

24. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hoch werden die Modulationsmittel aufgrund der obligatorischen Modulation von 5 Prozent der Direktzahlungen in den Jahren von 2007 bis 2013 jährlich und bezogen auf die gesamte Förderperiode von 2007 bis 2013 ausfallen?

25. Abgeordnete **Ulrike Höfken** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An welche Stellen hat das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) das Rundschreiben des Deutschen Bauernverbandes (DBV) zum Aktionstag „Keine Gentechnik“ (IV/137/2006) verschickt und mit welchem Anschreiben?

26. Abgeordnete **Ulrike Höfken** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer, die Diffamierung der Vertreter der gentechnikfreien Produktion als „lästige Demonstranten“, und welche Intention verfolgte das BMELV bei der Verschickung des DBV-Rundbriefes?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

27. Abgeordneter
Kai Boris Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie steht die Bundesregierung zu dem Einwand, dass die im Zuge der Föderalismusreform in der von der Bundesregierung eingebrachten Fassung geplante Änderung des Artikels 84 des Grundgesetzes unter anderem dazu führen kann, dass die Bundesländer Jugendämter und Jugendhilfeausschüsse auf Landesebene und in den Kommunen abschaffen und von bestehenden bundesweiten Qualitätsstandards in den Verfahren der Kinder- und Jugendhilfe abweichen, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um bundesweit gültige, hochwertige Qualitätsstandards in den Verfahren der Kinder- und Jugendhilfe zu gewährleisten?

28. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welchem Verhältnis sieht die Bundesregierung die Kritik überregional tätiger Träger wie zum Beispiel dem Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) und dem Verband der Angestellten-Krankenkassen e. V./AEV – Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e. V. (VdAK/AEV), dass eine Zersplitterung des Heimrechtes in 16 verschiedene Länderregelungen zu einem erheblichen Bürokratiemehraufwand führen würde zu ihrer eigenen Angabe in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Hermann Kues, auf meine Frage 26 in der Fragestunde am 8. März 2006, Plenarprotokoll 16/21, Seite 1616 B, dass ein „gewisser Mehraufwand“ nötig sei, wenn das Heimgesetz in die Länderzuständigkeit übertragen wird?

29. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Gründe sprechen aus Sicht der Bundesregierung für bzw. gegen die Kompetenzverlagerung des Heimrechts an die Länder im Zuge der Föderalismusreform, und welche konkreten Auswirkungen sieht die Bundesregierung für Pflegebedürftige und deren Angehörige?

30. Abgeordnete
Elisabeth Scharfenberg
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung einen Grund nennen, warum sie es für wahrscheinlich hält, dass künftig erforderliche Änderungen des Heimrechts in großem Umfange einvernehmlich vorgenommen werden, wie es die Antworten des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Hermann Kues,

auf meine Fragen 24 und 25 und auf die Frage 26 der Abgeordneten Britta Haßelmann, Plenarprotokoll 16/21, Seite 1616 A und C nahe legt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

31. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

In welcher Höhe sind in der durch die Gesellschafterversammlung vom 8. Dezember 2005 beschlossenen und in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Ulrich Kasparick, auf meine Frage 28 vom 8. März 2006, Plenarprotokoll 16/21, Seite 1599 B, bestätigten Rückforderung eines Teilbetrags des an die Flughafen München GmbH (FMG) ausgereichten Darlehens Zinsen enthalten, und wenn nicht, warum?

32. Abgeordneter **Dr. Edmund Peter Geisen** (FDP)

In welchem Zeitraum plant die Bundesregierung, den Lückenschluss der Autobahn 1, die für das Verkehrsnetz von großer nationaler und europäischer Bedeutung ist, da sie die Nordsee mit Italien verbindet, auf dem Abschnitt Blankenheim (Nordrhein-Westfalen) und Daun (Rheinland-Pfalz)?

33. Abgeordneter **Dr. Edmund Peter Geisen** (FDP)

In welcher Reihenfolge sollten die Bauabschnitte erfolge, und welche Zeitvorgaben werden dafür jeweils gemacht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

34. Abgeordneter **Hans-Kurt Hill** (DIE LINKE.)

Welche Ministerien, Behörden, Unternehmen und Verbände sind maßgeblich in die Vorbereitung des Energiegipfels einbezogen und werden am Energiegipfel teilnehmen, und sind speziell die kommunalen Spitzenverbände beteiligt?*)

---

*) Siehe hierzu auch Frage 20.

35. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was konkret versteht die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (Föderalismusreform) unter den „Grundsätzen des Naturschutzes“, und was soll außer den im sog. Begleittext aufgeführten Negativbeispielen für „Grundsätze des Naturschutzes“ weiter der Abweichung offen stehen?

36. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wird von Seiten der Bundesregierung begründet, dass durch die in diesem Gesetzentwurf vorgesehenen Abweichungsrechte und der damit einhergehende Anwendungsvorrang von Landesrecht vor Bundesrecht dem verfassungsrechtlichen Grundsatz „Bundesrecht bricht Landesrecht“ widersprochen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

37. Abgeordnete **Priska Hinz (Herborn)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist die Haltung der Bundesregierung zu den Plänen der EU-Kommission, ein Europäisches Technologieinstitut (ETI) zu gründen, und welche Aufgaben könnte ein solches Institut aus Sicht der Bundesregierung erfüllen?

38. Abgeordnete **Priska Hinz (Herborn)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Soll das von der EU-Kommission geplante Europäische Technologieinstitut (ETI) aus den allgemeinen Forschungsmitteln der EU finanziert werden, oder werden dafür Sondermittel bereitgestellt?

39. Abgeordnete **Krista Sager** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Würde eine finanzielle Zuwendung des Bundes, wie sie im Einzelplan 30 des Bundeshaushaltes 2004 im Titel 633 01 „Sanierung des Erfurter Johann-Gutenberg-Gymnasiums im Zusammenhang mit dem Amoklauf von Erfurt am 26. April 2002“ etatisiert wurde, nach der von der Bundesregierung geplanten Änderung des Grundgesetzes im Zuge der Föderalismusreform zukünftig ausgeschlossen sein?

40. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)

Wie sieht der aktuelle Planungsstand der Bundesregierung für den Erlass einer Rechtsverordnung nach § 52 des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) aus?

41. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung das Nichtvorhandensein einer Schuldendeckelung beim Studienkreditmodell der Kreditanstalt für Wiederaufbau vor dem Hintergrund, dass aus Gründen der besseren Planbarkeit für Studierende und der Erhöhung der Chancengleichheit im Jahr 2001 eine Schuldendeckelung von 10 000 Euro (damals 20 000 DM) beim Bundesausbildungsförderungsgesetz beschlossen wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

42. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist es zutreffend, dass die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende, die im Jahr 2005 Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante nach § 16 Abs. 3 Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) durchgeführt haben, im Rahmen der Zuweisung der Eingliederungsmittel für das Jahr 2006 als Folge der Durchführung der Entgeltvariante im Vorjahr weniger Eingliederungsmittel erhalten, und wenn ja, wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass der Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten mit guter Eingliederungsprognose wie den Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante in Zukunft nicht durch geringe Eingliederungsmittel im Folgejahr sanktioniert wird?

43. Abgeordnete
Heidrun Bluhm
(DIE LINKE.)

Welche konkreten Vorstellungen hat die Bundesregierung zur Regelung der nach dem SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ gewährten Leistungen für Unterkunft und Heizung ab dem Jahr 2007, und ist davon auszugehen, dass der Bund sich auch zukünftig an der Finanzierung der Kosten für Unterkunft und Heizung beteiligen wird?

44. Abgeordnete
Heidrun Bluhm
(DIE LINKE.)

Wie will die Bundesregierung gewährleisten, dass unter Berücksichtigung der Feststellung der tatsächlichen Kosten die Aufwendungen zur Finanzierung der Leistungen für Unterkunft und Heizung nach

dem SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ ab dem Jahr 2007 zwischen Bund, Ländern und Gemeinden so aufgeteilt werden, dass die Kommunen die ihnen im Gesetzgebungsverfahren von der Bundesregierung versprochene Entlastung von 2,5 Mrd. Euro bei den Sozialhilfeausgaben erhalten, und ist eine Revision im Jahr 2006 vorgesehen?

45. Abgeordnete **Kristina Köhler (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung die zum Teil erheblichen Abweichungen zwischen den Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Zahl der arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen in den so genannten Optionskommunen und der Zahl, die von den kommunalen Trägern selbst ermittelt wird (vgl. Frankfurter Rundschau vom 3. März 2006)?

46. Abgeordnete **Kristina Köhler (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Aussagekraft der Arbeitsmarktstatistik durch die erheblichen Abweichungen zwischen den Daten der kommunalen Träger und den Daten der BA gefährdet, und wenn nein, aus welchem Grund nicht?

47. Abgeordneter **Dr. Heinrich L. Kolb** (FDP)

Wird es, wenn es bis 2015 beim durchschnittlichen Lohnwachstum der letzten 10 Jahre von etwa 1 Prozent bleibt, aufgrund des Nachhaltigkeitsfaktors, des Riester-Faktors und des geplanten Nachholfaktors bis 2015 nur Nullrunden bei der Rentenanpassung geben, da die genannten Faktoren die Rentenanpassung um etwa 1 Prozent gegenüber der Lohnentwicklung abbremsen, und sieht die Bundesregierung eine solche Entwicklung im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts aus dem Urteil vom 31. Juli 2002 – B 4 RA 120/00 –, nach dem bei positivem Lohnwachstum zumindest ein Inflationsausgleich für die Renten erfolgen muss?

48. Abgeordneter **Dr. Heinrich L. Kolb** (FDP)

Wird der Beitragssatz zur Rentenversicherung bei 1,5 Prozent Lohnwachstum in 2005 und 2006 im Jahr 2007 auf deutlich über 20 Prozent ansteigen wie im Rentenversicherungsbericht 2005 auf Seite 41 angegeben, und welche Beitragssatzerhöhung plant die Bundesregierung im Falle eines Lohnwachstums von nur 1 Prozent?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333